

## Untreue von Betriebsräten gegenüber Arbeitnehmern

Bearbeitet von  
Katrin Cosack

2016 2015. Taschenbuch. XVI, 212 S. Paperback

ISBN 978 3 8114 4303 7

Format (B x L): 14,8 x 21 cm

Gewicht: 340 g

[Recht > Strafrecht > Nebenstrafrecht, Wirtschaftsstrafrecht](#)

Zu [Leseprobe](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](http://beck-shop.de) ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	V
---------------	---

## Teil 1

### Das Verhältnis Arbeitnehmer – Betriebsrat: Ein strafrechtsfreier Raum?

A. Einführung in die Problematik und Ausblick auf den Gang der Untersuchung .....	1
I. Arbeitsgerichtliche Realität .....	2
1. Urteil des LAG Köln 2004 .....	3
2. Urteil des LAG Sachsen 2008 .....	3
II. Strafrechtliche Annäherung .....	4
III. Gang der Untersuchung .....	7
B. Autonomie der Betriebsverfassung contra Strafverantwortung des Staates .....	8
I. Einordnung der Problematik unter das Verhältnis von Legalitäts- und Opportunitätsprinzip .....	8
II. Argumente gegen die Anwendung von Strafrecht im kollektiven Arbeitsrecht im Licht des Opportunitätsprinzips .....	10
1. Autonomie der Betriebsparteien .....	10
2. Kriminalisierung des Arbeitsrechts .....	11
3. Arbeitsrechtlicher Grundsatz der individuellen Rechtsverteidigung .....	11
4. Gefährdung der betrieblichen Mitbestimmung durch Haftungsrisiken .....	12
III. Auseinandersetzung mit den Argumenten der Strafrechtsgegner .....	12
1. Zum Argument der Gefährdung der betrieblichen Mitbestimmung durch Haftungsrisiken .....	13
2. Zum Argument der Autonomie der Betriebsparteien .....	15
3. Zum Argument der Kriminalisierung des Arbeitsrechts .....	16
4. Zum arbeitsrechtlichen Grundsatz der individuellen Rechtsverteidigung .....	17
IV. Ergebnis zu B.: Kein genereller Ausschluss der staatlichen Strafverantwortung unter Opportunitäts Gesichtspunkten .....	19
C. Ausschluss staatlicher Strafverantwortung wegen ausreichender Ahnungs- und Kontrollmechanismen des Betriebsverfassungsrechts? .....	20
I. Straf- und Bußgeldvorschriften gemäß §§ 119 ff. BetrVG .....	21
1. Teilnehmerstrafbarkeit gemäß § 119 Abs. 1 Nr. 3 BetrVG .....	21
2. Antragserfordernis gemäß § 119 Abs. 2 BetrVG .....	23
3. Ergebnis zu I. ....	24

II. Ahndung der Verletzung gesetzlicher Pflichten gemäß § 23 BetrVG .	25
1. Anwendungsbereich . . . . .	25
2. Nachteile . . . . .	26
3. Ergebnis zu II. . . . .	28
III. Rechtsschutzmöglichkeiten der Arbeitnehmer gegen den Betriebsrat im Rahmen einzelner Mitbestimmungsrechte . . . . .	28
1. Mitbestimmung bei vorübergehender Verkürzung oder Verlängerung der betriebsüblichen Arbeitszeit gemäß § 87 Abs. 1 Nr. 3 BetrVG . . . . .	29
2. Mitbestimmung bei personellen Einzelmaßnahmen gemäß § 99 BetrVG . . . . .	30
3. Widerspruchsrecht bei Kündigungen gemäß § 102 Abs. 3 BetrVG . .	33
a) Vorläufiger Weiterbeschäftigungsanspruch gemäß § 102 Abs. 5 BetrVG . . . . .	34
b) Allgemeiner Weiterbeschäftigungsanspruch . . . . .	34
c) Vergleich zwischen vorläufigem und allgemeinem Weiterbeschäftigungsanspruch . . . . .	35
d) Fehlende Transparenz und Korruptionsgefahr . . . . .	36
4. Das Zustimmungserfordernis gemäß § 102 Abs. 6 BetrVG . . . . .	37
5. Druckkündigung gemäß § 104 BetrVG . . . . .	39
6. Interessenausgleich mit Namensliste gemäß § 112 Abs. 1 S. 1 BetrVG i.V.m. § 1 Abs. 5 KSchG . . . . .	40
a) Voraussetzungen und Auswirkungen . . . . .	41
b) Keine gesetzliche Absicherung der ordnungsgemäßen Sozialauswahl durch den Betriebsrat . . . . .	43
7. Sozialplan gemäß § 112 Abs. 1 S. 2 BetrVG . . . . .	45
IV. Ergebnis zu C. . . . .	46
D. Ausschluss von Strafe als Ultima Ratio aufgrund unrechtskompensierender zivilrechtlicher Haftung? . . . . .	47
I. Denkbare Anspruchsgrundlagen . . . . .	48
1. Vertragliche Ansprüche gegen den Betriebsrat . . . . .	48
2. Bereicherungsrechtliche Ansprüche gegen den Betriebsrat . . . . .	48
3. Haftung des Arbeitgebers für sein eigenes oder das Fehlverhalten des Betriebsrats . . . . .	49
4. Deliktische Ansprüche gemäß §§ 823 ff. BGB . . . . .	49
a) Haftung des Kollegialorgans . . . . .	49
b) Haftung des einzelnen Betriebsratsmitglieds . . . . .	51
aa) Einschränkung wegen grundsätzlicher Inkompatibilität von Delikts- und Betriebsverfassungsrecht? . . . . .	51
bb) Einschränkung der für § 823 Abs. 2 BGB in Betracht kommenden Schutzgesetze auf solche, die ein Betriebsratsmitglied allein verletzen kann? . . . . .	53

cc) § 75 BetrVG als Schutzgesetz i.S.d. § 823 Abs. 2 BGB? .	54
dd) Keine praktische Durchsetzbarkeit wegen Nichtanwendbarkeit von § 830 Abs. 1 S. 2 BGB . . . . .	55
II. Ergebnis zu D. . . . .	57
E. Zusammenfassung zum 1. Teil . . . . .	57

## **Teil 2**

### **Untreue von Betriebsräten gegenüber Arbeitnehmern**

A. Tatbestandsvoraussetzungen der Untreue gem. § 266 Abs. 1 StGB und Verfassungsmäßigkeit laut Bundesverfassungsgericht . . . . .	59
I. Tatbestandsvoraussetzungen . . . . .	59
II. Verfassungsmäßigkeit . . . . .	61
B. Vermögensqualität des Arbeitsverhältnisses . . . . .	63
I. Abgrenzung zur Arbeitsleistung als Vermögenswert . . . . .	64
II. Der zukünftige Lohn-/Gehaltsanspruch als Anwartschaft . . . . .	64
1. Allgemeine Voraussetzungen für den Vermögenscharakter einer Expektanz . . . . .	65
2. Konsequenzen für den zukünftigen Lohn-/Gehaltsanspruch . . . . .	66
III. Notwendigkeit restriktiven Herangehens wegen §§ 266 Abs. 2, 263 Abs. 3 Nr. 3 StGB . . . . .	67
IV. Ergebnis zu B. . . . .	67
C. Die Vermögensbetreuungspflicht des Betriebsrats gegenüber dem Arbeitnehmer . . . . .	68
I. Die Vermögensbetreuungspflicht als besonderes persönliches Merkmal und ihre Bedeutung als Garantenpflicht . . . . .	68
II. Inhalt der Vermögensbetreuungspflicht . . . . .	71
III. Darstellung und Auseinandersetzung mit der Auffassung Lobingers zur Vermögensbetreuungspflicht des Betriebsrats gegenüber Arbeitnehmern . . . . .	72
1. Die „verfügungsgleiche Macht“ des Betriebsrats nach Lobinger . . . . .	72
a) Im Rahmen des Sozialplans gemäß § 112 Abs. 1 S. 2 BetrVG . . . . .	73
b) Im Rahmen des Interessenausgleichs mit Namensliste gemäß § 112 Abs. 1 S. 1 BetrVG i.V.m. § 1 Abs. 5 KSchG . . . . .	73
c) Im Rahmen des Widerspruchsrechts bei Kündigungen gemäß § 102 Abs. 3 BetrVG . . . . .	73
2. Keine allgemeine Vermögensbetreuerstellung des Betriebsrats . . . . .	74
a) Argumentation Lobingers . . . . .	74
b) Würdigung seiner Argumentation . . . . .	75

3. Lobingers Trias der Beteiligungstypen und ihre Bedeutung für die Vermögensbetreuungspflicht des Betriebsrats . . . . .	76
a) Kategorienbildung anhand des Innenverhältnisses . . . . .	77
aa) Erster Typus: Wahrnehmung eigener Rechte des Betriebsrats . . . . .	77
bb) Zweiter Typus: Betriebsrat als Medium des Individualschutzes . . . . .	77
cc) Dritter Typus: Wahrnehmung (betriebs-)öffentlicher Interessen durch den Betriebsrat . . . . .	78
dd) Lobingers Ergebnis: Vermögensbetreuungspflichten nur im zweiten Typus möglich . . . . .	78
b) Konkrete Schlussfolgerungen Lobingers aus seiner Kategorienbildung und Auseinandersetzung mit diesen . . . . .	78
aa) Hinsichtlich der Druckkündigung gemäß § 104 BetrVG . .	78
bb) Hinsichtlich der Namensliste gemäß § 112 Abs. 1 S. 1 BetrVG i.V.m. § 1 Abs. 5 KSchG . . . . .	79
cc) Hinsichtlich des Sozialplans gemäß § 112 Abs. 1 S. 2 BetrVG . . . . .	81
dd) Hinsichtlich des Widerspruchsrechts des Betriebsrats bei Kündigungen gemäß § 102 Abs. 3 BetrVG . . . . .	83
4. Ergebnis zu III. . . . .	85
IV. Eigener Ansatz: Zurück zu den formalen Vorgaben des § 266 Abs. 1 StGB . . . . .	86
1. Die unterschiedliche Bedeutung der Quellen von Vermögensbetreuungspflichten in Missbrauchs- und Treuebruchtatbestand . . . .	86
a) Auslegung des Wortlauts von § 266 Abs. 1 StGB und unterschiedliche Bedeutung der Rechtsgründe in Missbrauchs- und Treuebruchvariante . . . . .	88
b) Auslegung nach Sinn und Zweck und Auswirkung auf die allein durch Gesetz begründete Vermögensbetreuungspflicht des Treuebruchtäters . . . . .	90
c) Ergebnis zu 1. . . . .	93
2. Das Gesetz als einzige Quelle von Vermögensbetreuungspflichten des Betriebsrats . . . . .	93
3. Voraussetzungen der Vermögensbetreuungspflichtverletzung des Treuebruchtäters mittels Gesetzesverstoß . . . . .	94
4. Befugnis des Betriebsrats zu rechtsgeschäftlicher Verfügung über Vermögenswerte von Arbeitnehmern i.S.d. Missbrauchsvariante? . .	95
a) Befugnismissbrauch durch nachteilige Betriebsvereinbarung? .	95
aa) Streit hinsichtlich „umfassender Regelungskompetenz“ der Betriebspartner . . . . .	96
(1) BAG contra Teile der neueren Literatur . . . . .	96
(2) Eigene Auffassung . . . . .	98

bb) Ergebnis zu a) .....	99
b) Befugnismissbrauch durch andere nachteilige kollektive Vereinbarung? .....	99
c) Ergebnis zu 4.: Kein Missbrauch durch Betriebsrat denkbar ...	100
5. Formale und inhaltliche Anforderungen an ein Vermögensbetreuungspflichten begründendes Gesetz im Rahmen des Treuebruchtatbestandes .....	100
a) Formale Anforderungen an ein Vermögensbetreuungspflichten begründendes Gesetz .....	101
b) Inhaltliche Anforderungen an ein Vermögensbetreuungspflichten schaffendes Gesetz .....	103
aa) Die Rechtsbeziehung zum Vermögensinhaber als Einzelpflicht .....	103
bb) Hauptpflicht zum Vermögensschutz .....	104
(1) BGH zu Siemens/AUB .....	104
(2) BGH zum Kölner Parteispendenfall .....	106
c) Ergebnis zu 5. ....	108
6. Der Pflichtcharakter der betriebsverfassungsrechtlichen Generalklauseln und seine Ausstrahlungswirkung auf einzelne Mitbestimmungsrechte .....	110
a) § 2 Abs. 1 BetrVG .....	110
aa) Ausstrahlungswirkung auf Mitbestimmungsrechte .....	111
bb) Jedoch kein individueller Arbeitnehmerschutz .....	113
b) Arbeitnehmerschutz durch das Überwachungsgebot gemäß § 75 Abs. 1 BetrVG .....	113
aa) Recht und Billigkeit .....	114
bb) Diskriminierungsverbot und Gleichbehandlungsgebot ...	115
cc) Auswirkung der Legalitätspflicht auf Beurteilungs- und Ermessensspielraum der Beteiligungsrechte .....	116
(1) Im Rahmen des Beurteilungsspielraums hinsichtlich der Voraussetzungen eines Mitbestimmungstatbestands ...	116
(2) Im Rahmen des Ermessensspielraums zur Wahrnehmung des Mitbestimmungsrechts .....	117
dd) Ergebnis zu b): Untreuerelevanter Arbeitnehmerschutz durch § 75 Abs. 1 BetrVG nur bei ausschließlich individualschützendem Beteiligungsrecht .....	118
7. Ergebnis zu IV. ....	119
V. Ermittlung von Vermögensbetreuungspflichten durch Anwendung der gewonnenen Erkenntnisse auf die in Betracht kommenden Mitbestimmungstatbestände .....	120
1. Mitbestimmungsrechte gemäß § 87 BetrVG .....	121
a) Fragen der betrieblichen Lohngestaltung, § 87 Abs. 1 Nr. 10 BetrVG .....	122

b) Festsetzung leistungsbezogener Entgelte gemäß § 87 Abs. 1 Nr. 11 BetrVG .....	122
c) Vortübergehende Verkürzung oder Verlängerung der betriebsüb- lichen Arbeitszeit gemäß § 87 Abs. 1 Nr. 3 BetrVG .....	123
d) Zeitliche Lage des Urlaubs gemäß § 87 Abs. 1 Nr. 5 BetrVG ..	123
e) Soziale Leistungen und Wohnraum gemäß § 87 Abs. 1 Nr. 8 und Nr. 9 BetrVG .....	123
f) Ergebnis zu 1.: Keine Vermögensbetreuungspflicht wegen kol- lektiver Regelungsintention .....	124
2. Mitbestimmungsrechte bei personellen Einzelmaßnahmen, § 99 Abs. 2 Nrn. 1 bis 6 BetrVG .....	124
a) Kein Vermögensbezug der einzelnen Beteiligungsgegenstände bei verweigerter Zustimmung zur Verbesserung der Arbeitneh- mersituation .....	125
b) Keine ausschließlich individuelle Schutzrichtung bei Zustim- mung trotz Verschlechterung der Arbeitnehmersituation .....	128
c) Ergebnis zu 2. ....	128
3. Mitbestimmung bei Kündigungen gemäß § 102 Abs. 2, 3 BetrVG .....	128
a) Bestimmung des Schutzzwecks und Abgrenzung von der Folge des Kündigungswiderspruchs .....	129
b) Ausschließlich individualschützender Charakter .....	131
c) Keine Auswirkung der fehlenden Verhinderungswirkung des Widerspruchs .....	135
d) Keine Auswirkung des dennoch möglichen Kündigungsschutz- prozesses .....	136
e) Ergebnis zu 3. ....	137
4. Die Zustimmung des Betriebsrats als Wirksamkeitsvoraussetzung einer Kündigung gemäß § 102 Abs. 6 BetrVG .....	137
5. Die sogenannte Druckkündigung gemäß § 104 BetrVG .....	139
6. Sozialplan gemäß § 112 Abs. 1 S. 2, 3 BetrVG .....	140
7. Interessenausgleich mit Namensliste gemäß § 112 Abs. 1 S. 1 BetrVG i.V.m. § 1 Abs. 5 KSchG .....	140
8. Ergebnis zu V.: Vermögensbetreuungspflichten nur bei § 102 BetrVG .....	141
VI. Verletzung der Vermögensbetreuungspflicht durch Ermessensmiss- brauch; Korruptionsbezug .....	141
1. Arten von Ermessensfehlern .....	141
2. Vorsatz nur beim Ermessensmissbrauch .....	142
3. Ermessensmissbrauch und Wechselwirkung mit der Betriebsratsbe- günstigung gemäß § 119 Abs. 1 Nr. 3 BetrVG .....	143
4. Ergebnis zu VI. ....	144

VII. Vermögensbetreuungspflicht des einzelnen Betriebsratsmitglieds . . . .	145
VIII. Zusammenfassung und Ergebnis zu C. . . . .	145
D. Weitere Tatbestandsvoraussetzungen gemäß § 266 Abs. 1 StGB . . . . .	147
I. Vermögensnachteil des Arbeitnehmers . . . . .	147
1. Kündigung oder Entlassung? . . . . .	147
2. Verlust des Weiterbeschäftigungsanspruchs? . . . . .	148
3. Ergebnis zu I. . . . .	149
II. Kausalitätsfragen . . . . .	149
1. Kausalität der Gremienentscheidung für den Eintritt des Vermögensnachteils . . . . .	149
2. Kausalität des einzelnen Votums für den Betriebsratsbeschluss . . .	150
a) Die Gegenstimme . . . . .	151
b) Die Zustimmung . . . . .	151
c) Die Enthaltung . . . . .	152
d) Ergebnis zu 2. . . . .	153
3. Keine Beschlussfassung, sondern Zustimmungsfiktion gemäß § 102 Abs. 2 S. 2 BetrVG . . . . .	153
III. Objektive Zurechnung des Vermögensschadens in Gestalt der Kündigungserklärung . . . . .	153
1. Grundsätzlich zur Bedeutung der objektiven Zurechnung beim Vorsatzdelikt Untreue . . . . .	154
2. Folgen für die Untersuchung . . . . .	156
a) Pflichtwidrigkeitszusammenhang . . . . .	156
aa) Beim Unterlassen des Kündigungswiderspruchs gemäß § 102 Abs. 3 BetrVG . . . . .	157
bb) Bei der Zustimmung gemäß § 102 Abs. 6 BetrVG . . . . .	158
b) Schutzzweckzusammenhang; Vermögensbetreuungspflicht als Sorgfaltsanforderung . . . . .	158
aa) Rechtsnormverstoß als Vermögensbetreuungspflichtverletzung: Differenzierender Ansatz . . . . .	158
bb) Nicht differenzierender Ansatz und Kritik . . . . .	159
cc) Generelle Kritik am Erfordernis des Schutzzweckzusammenhangs und Auseinandersetzung mit ihr . . . . .	160
3. Ergebnis zu III. . . . .	162
IV. Vorsatz und Irrtum . . . . .	162
V. Ergebnis zu D.: Strafbarkeit von Betriebsräten und Arbeitgeber wegen Begehung des bzw. Teilnahme am Grunddelikt gemäß § 266 Abs. 1 StGB . . . . .	164
E. Besonders schwerer Fall gemäß § 266 Abs. 2 i.V.m.	
§ 263 Abs. 3 Nr. 3 StGB . . . . .	165
I. Wirtschaftliche Not . . . . .	165
II. Vorsatz hinsichtlich des Verzichts auf Kündigungsschutz . . . . .	166



III. Kongruenz mit der zivilrechtlichen Schadensminderungspflicht . . . . .	167
F. Zusammenfassung zum 2. Teil . . . . .	169

### **Teil 3** **Konsequenzen**

A. Zusammenfassung der theoretischen Konsequenzen de lege lata . . . . .	174
I. Strafbarkeit von Betriebsräten und Arbeitgeber gemäß § 266 StGB bzw. §§ 266, 26 StGB . . . . .	174
II. Strafbarkeit der Betriebsräte gemäß § 119 Abs. 1 Nr. 3 BetrVG i.V.m. § 26 oder § 27 StGB, bzw. des Arbeitgebers gemäß § 119 Abs. 1 Nr. 3 BetrVG . . . . .	175
III. Keine Strafbarkeit des leitenden Angestellten gemäß § 266 Abs. 1 StGB gegenüber dem Unternehmen wegen der Vornahme einer Be- triebsratsbegünstigung . . . . .	177
B. Praktische Konsequenzen de lege lata . . . . .	177
I. Beweisproblematik bei § 266 StGB und Verfahrenshindernis bei § 119 Abs. 1 Nr. 3 StGB . . . . .	178
1. Geheime Abstimmung . . . . .	178
2. Antragsdelikt mit Antragsberechtigung in den Händen der poten- tiellen Täter . . . . .	179
II. Ergebnis zu B. . . . .	180
C. De lege ferenda . . . . .	180
I. Status quo und mögliche Ansatzpunkte für Änderungen . . . . .	180
II. Materielle Änderungen . . . . .	181
1. Erweiterung der Strafbarkeit von Betriebsräten auch auf Miss- brauch von anderen Arbeitnehmermitbestimmungsrechten? . . . . .	181
2. Erweiterung von § 119 Abs. 1 Nr. 3 BetrVG auf Bestechung und Bestechlichkeit, ggf. im Gegenzug zur Abschaffung des Ehren- amtsprinzips? . . . . .	182
III. Formale Änderungsvorschläge . . . . .	185
1. Erweiterung der Antragsberechtigung gemäß § 119 Abs. 2 BetrVG auf einzelne Betriebsratsmitglieder und Arbeitnehmer . . . . .	185
2. Gewährleistung der Nachvollziehbarkeit des Abstimmverhaltens . . . . .	186
IV. Ergebnis zu C. und abschließende Würdigung . . . . .	188

### **Teil 4** **Zusammenfassung in Thesen**

<i>Literaturverzeichnis</i> . . . . .	197
<i>Stichwortverzeichnis</i> . . . . .	209